

**Sofortmaßnahmen gegen  
Stillstand und Standortverlust**

# **Kein Wachstum, kein Wohlstand.**

**Deutschland braucht  
Wirtschaftswachstum**



**INSM**

# Kein Wachstum, kein Wohlstand.

## Deutschland braucht Wachstum – jetzt mehr denn je

Unsere Wirtschaft ist das Herz unseres Landes: Sie schafft Arbeitsplätze, ermöglicht Investitionen in Bildung und Infrastruktur und sichert soziale Stabilität sowie innere und äußere Sicherheit. Doch dieses Herz schlägt schwächer. Das Bruttoinlandsprodukt stagniert, die Produktivität wächst nur schleppend, und viele Unternehmen, vor allem der Mittelstand, stehen unter enormem Druck. Ohne Wachstum droht Stillstand: weniger Jobs, weniger Investitionen und weniger Zukunftschancen für unsere Kinder.

Deutschland darf nicht auf der Stelle treten. Jede Innovation, jeder neue Arbeitsplatz, jede Investition lebt von wirtschaftlicher Dynamik. Infrastrukturprojekte und Digitalisierung hängen von finanziellen Spielräumen ab – und diese fehlen, wenn die Wirtschaft stagniert. Auch unser Rentensystem ist auf wachsende Einkommen angewiesen. Wohlstand ist kein Selbstläufer, sondern das Ergebnis einer starken, wachsenden Wirtschaft.

Die Lage ist ernst: Zwei Jahre Rezession haben Spuren hinterlassen, ein drittes Jahr wirtschaftlicher Stagnation droht. Der Mittelstand ächzt unter

Bürokratie und Energiepreisen, internationale Wettbewerber setzen auf aggressive Standortpolitik, und der Rückstand in Digitalisierung, Infrastruktur und Bildung wächst. Es ist keine Zeit für Symbolpolitik und Koalitionsrituale. Wer jetzt Verantwortung trägt, muss liefern – entschlossen, schnell und wirksam.

Wir haben Unternehmer und Ökonomen gefragt, wie Deutschland aus der Wachstumsfalle kommt. Das Ergebnis ist ein Maßnahmenpaket, das sowohl kurzfristig Wirkung entfaltet als auch mittelfristig die Basis für nachhaltiges Wachstum legt. Dazu gehören Investitionen in Infrastruktur, die Entlastung von Unternehmen sowie die Stärkung von Bildung und Fachkräften. Viele Maßnahmen könnten sofort umgesetzt werden, manche sind bereits auf den Weg gebracht, das Gros aber bleibt bisher ungenutzt.

Unser Anspruch ist klar: Deutschland muss wieder dynamisch, zukunftsfähig und wettbewerbsstark werden. Wachstum ist keine Option, sondern die Grundlage für Wohlstand und soziale Sicherheit. Jetzt ist die Zeit zu handeln. zu handeln.

# Arbeit



Erstmals seit über einem Jahrzehnt haben wir wieder rund 3 Millionen Arbeitslose – mit gravierenden Folgen für Staatsfinanzen und Sozialsystem. Gleichzeitig lähmt der eklatante Mangel an Arbeits- und Fachkräften unsere Wirtschaft – jeden Tag ein Stück mehr. Das ist kein Ungleichgewicht mehr, das ist ein Systemversagen. Gleichzeitig arbeitet die Demografie gegen uns. Deutschland verliert nun Jahr für Jahr Arbeitskräfte – allein in dieser Wahlperiode 2,5 Millionen. Wenn wir nicht handeln, wird der sprichwörtliche Kuchen, den wir unter uns verteilen, ab jetzt immer kleiner.

Die Arbeitsmarktpolitik hat sich im Angesicht dieser großen Aufgabe im Klein-Klein verloren. Statt neuer braucht es jetzt einen klaren Fokus: Menschen in Arbeit bringen – und zwar dort, wo sie gebraucht werden. Deutschland kann sich diesen Stillstand nicht länger leisten. Es ist Zeit für mutige, unideologische Maßnahmen, die Arbeitslose, die hohe Teilzeitquote und offene Stellen endlich wieder zusammenbringen.

## Jetzt handeln

- Das Arbeitszeitgesetz muss wie vereinbart von täglicher auf wöchentliche Höchstarbeitszeit umgestellt werden.
- Das Vorbeschäftigungsverbot muss wie geplant ausgesetzt werden.
- Wir brauchen Erleichterungen bei der Fachkräftezuwanderung durch schnellere Anerkennung der Abschlüsse über die geplante digitale „Work-and-stay-Agentur“. Bei höher bezahlten Fachkräften sollte auf die Anerkennung verzichtet werden, sondern die Unternehmen haften.
- Das Bürgergeld muss wie im Koalitionsvertrag vereinbart abgeschafft werden und durch eine angemessene Grundsicherung ersetzt werden, die zum Arbeiten motiviert und nicht als bedingungsloses Grundeinkommen missbraucht werden kann.
- Vor dem Hintergrund des Demografischen Wandels muss auch Rentenpolitik als Arbeitsmarktpolitik gedacht werden. Eine Abschaffung der abschlagsfreien Rente mit 63 kann kurzfristig dabei helfen, wichtige Fachkräfte länger im Arbeitsmarkt zu halten.

## Wie geht es dann weiter?

Der Arbeitsmarkt bleibt in einer alternden Gesellschaft auch mittel- und langfristig eine Herausforderung.

Wer ihn langfristig stabilisieren will, darf nicht in Ressortgrenzen denken. Es braucht einen gemeinsamen Kraftakt aller Politikfelder.

Frauen dürfen nicht länger durch fehlende Betreuungsangebote in die Teilzeit gedrängt werden – das ist wirtschaftlich unsinnig. Wer Arbeitskräfte sucht, muss endlich die

Voraussetzungen schaffen, dass alle ihr Potenzial entfalten können.

Gleichzeitig gilt auch weiterhin, dass wir das Arbeitskräftepotenzial Älterer heben müssen: Dafür sollte nach das Renteneintrittsalter nach seiner schrittweisen Anhebung auf 67 bis 2031 moderat, aber verbindlich an die Lebenserwartung gekoppelt werden. Sprich: Wenn wir weiter älter werden, müssen wir alle auch etwas länger arbeiten. Wenn nicht, dann nicht.

# Soziales

## Kein Wachstum, keine Rente.

Generationengerechtigkeit braucht  
Wirtschaftswachstum.



Er ist eine der größten Errungenschaften der Sozialen Marktwirtschaft: Der deutsche Sozialstaat schützt vor Armut, sichert Existenzen in Notlagen und schafft Freiheit durch Sicherheit. Doch dieses System steht unter massivem Druck – und es droht, an seinen eigenen Versprechen zu scheitern.

Alle großen Sozialversicherungen – ob Rente, Pflege, Kranken- oder Arbeitslosenversicherung – hängen längst am Tropf des Bundes. Jahr für Jahr werden dreistellige Milliardensummen aus Steuergeldern eingeschossen, nur um die laufenden Leistungen zu sichern. Trotzdem gehen die Sozialbeiträge durch die Decke. Selbst in moderaten Szenarien ist ein Sozial-

beitrag von 50 Prozent bis Mitte der 2030er Jahre realistisch.

Diese Zuschüsse fehlen dort, wo Zukunft gestaltet werden müsste: bei Bildung, Infrastruktur und Innovation.

Wer den Sozialstaat erhalten will, muss ihn jetzt reformieren – ehrlich, mutig und generationengerecht.

Das Ziel ist klar: Sozialbeiträge dauerhaft unter 40 Prozent halten.

Wer jetzt schweigt, riskiert den Kollaps. Wer handelt, sichert den Sozialstaat – auch für die nächste Generation. Der Sozialstaat ist kostbar – aber nicht grenzenlos belastbar.

## Jetzt handeln

- Die vereinbarte Ausschaltung des Nachhaltigkeitsfaktors bis 2031 muss verhindert werden, die geplante Mütterrente III ebenfalls
- Grundrente, abschlagsfreie Rente ab 63 und die bisherige Mütterrente müssen abgewickelt werden.
- Der Nachhaltigkeitsfaktor sowie Abschläge für einen verfrühten Renteneintritt müssen erhöht werden.
- Kapitalgedeckte Altersvorsorge sollte analog zu den nicht verwirklichten Ampel-Plänen im Rahmen eines staatlich geförderten Altersvorsorgekonto gestärkt werden. Dazu trägt auch eine Verbesserung der Verlustverrechnung sowie eine Wiedereinführung der Spekulationsfrist auf Kapitalmarkterträge bei. Um renditestärkere Anlageprodukte zu ermöglichen, muss die Beitragsgarantie bei staatlich geförderten privaten Altersvorsorgeprodukten abgeschafft werden.
- Das vereinbarte Primär-Ärzte-System muss zügig umgesetzt werden, um zu einer effizienteren Patientensteuerung zu kommen.
- Eine moderate Eigenbeteiligung bei allen medizinischen Leistungen oder eine Praxisgebühr von 10 Euro je Praxisbesuch sorgt für Kostenbewusstsein bei den Versicherten und eine maßvollere Nachfrage nach medizinischen Leistungen
- Die Pflegeversicherung muss auch in Zukunft eine Teil-Risikoversicherung sein. Eine einjährige Karenzzeit, die Einführung eines Nachhaltigkeitsfaktors analog zur Rente, die Streichung des Entlastungsbetrags sowie die Begrenzung des Leistungszuschlags auf solche Heimbewohner, die länger als 24 Monate in einem Heim leben, nimmt Druck aus dem System. Um das verbliebene Teilrisiko abzusichern müssen die Rahmenbedingungen für ergänzende private Pflegevorsorge verbessert werden.
- In allen Sozialversicherungen müssen durch umfassende Organisationsreformen Sparpotenziale und Effizienzen gehoben werden: Die regionalen Rentenversicherungsträger sollen in einer Bundesanstalt für Rente zusammengefasst werden. Krankenversicherungen können zusammengelegt werden, so dass aus über 100 maximal 30 bis 40 entstehen könnten. Es muss in den Sozialversicherungen mehr digitale Prozesse und KI-Nutzung geben und Personal massiv eingespart werden.

## Wie geht es dann weiter?

Die Rentenversicherung muss auch mittel- bis langfristig gegen die Belastungen des Demografischen Wandels abgesichert werden. Insbesondere muss der gefundene Kompromiss zwischen Jung und Alt mit dem schrittweisen Anheben des Renteneintrittsalters auch für die Zukunft fortgeschrieben werden, indem es an die Lebenserwartung angepasst wird. Andernfalls würden allein die Jüngeren die Lasten einer weiteren Erhöhung der Lebenserwartung tragen. Mit den beschriebenen Maßnahmen zur Erhöhung der Attraktivität privater Altersvorsorge muss ein Abdeckungsgrad von über 90 Prozent unser Ziel sein. Gleichzeitig ist klar: Reformen werden nur dann akzeptiert, wenn sie auch Gerechtigkeit ausstrahlen. Das heutige Pensionsprivileg für Beamte ist nicht mehr vermittelbar. Bestehende Ansprüche bleiben unberührt, aber neue Verbeamtungen dürfen – außerhalb des sicherheitsrelevanten Kerns der Verwaltung, etwa bei Polizei, Justiz und Zoll – nicht mehr erfolgen. Auch Abgeordnete und Mitglieder der Bundesregierung müssen künftig in die gesetzliche Rentenversicherung einzahlen.

Auch die Krankenversicherung bedarf in der mittleren Frist weiterer Anpassungen. Das duale System aus gesetzlicher und privater Versicherung hat sich bewährt und

soll langfristig erhalten bleiben. Aber es muss besser funktionieren. Eine schlanke, digitalisierte Verwaltung, die Zusammenlegung kleiner, ineffizienter Krankenkassen sowie eine klarere Aufgabenteilung zwischen Grundversorgung und Zusatzleistungen sind überfällig.

Wer mehr will, darf das – aber er muss auch selbst entscheiden und mittragen. Eine Stärkung privater Zusatzversicherungen eröffnet genau diese Möglichkeit: individuelle Wahlfreiheit bei gleichzeitigem Schutz der Solidarität im Grundsystem. Die Einführung von Selektivverträge der Krankenkassen mit Leistungserbringern sorgt für Wettbewerb zwischen den Leistungserbringer und dadurch für sinkende Preise.

Wer den Sozialstaat retten will, muss ihn entschlacken – nicht nur durch Kürzung, sondern durch Konzentration auf das Wesentliche. Das bedeutet Mut zur Reform, Gerechtigkeit im System und das Ende unbezahlbarer Versprechen.

# Bürokratieabbau



Der Warte Warte Warte Raum im einzigen Bürokratie-Museum Deutschlands kuratiert durch die INSM. – 22.04.2024

Bürokratie ist kein Nebenschauplatz – sie ist zur zentralen Wachstumsbremse geworden. Deutschland blockiert sich zunehmend selbst. Überregulierung und ausufernde Bürokratie behindern nicht nur das Funktionieren des Staates – sie sind inzwischen Standortnachteil Nr. 1. Kein anderes Problem nennen Unternehmen häufiger als Grund für ausbleibende Investitionen. Der Erfüllungsaufwand für Betriebe und Bürger erreicht Rekordwerte – Tendenz weiter steigend.

Das ist kein Betriebsunfall, sondern das Ergebnis jahrzehntelanger politischer Ignoranz gegenüber wachsender Komplexität. Wer heute unternehmerisch tätig sein will, muss mehr Zeit mit Formularen als mit Innovation verbringen. Wer im öffentlichen Dienst gestalten will, kämpft mit veralteten IT-Systemen und lähmenden Zuständigkeiten.

Wir brauchen einen radikalen Systemwechsel. Einzelne Entlastungspakete oder Symbolgesetze reichen nicht

mehr aus. Das Gesetzgebungsverfahren selbst muss reformiert werden. Die Verwaltung muss vollständig digitalisiert, verschlankt und in ihrer Zuständigkeit neu zugeschnitten werden. Wir brauchen klare Prozesse statt föderaler Zuständigkeitswirrwarr und Abhängigkeit von Faxgeräten.

Dass sich ein komplett neues Ministerium dieses Themas annehmen soll, sendet ein starkes Signal – es darf nun aber auch kein technisches Nice-to-have werden, sondern muss den Strategischen Hebel an allen Schnittstellen der Bundesverwaltung ansetzen, ressortübergreifend arbeiten, mit weitreichender Durchgriffskompetenz ausgestattet werden – und zur treibenden Kraft für ein neues, schlankes und zukunftsfähiges Staatswesen werden.

Ohne eine echte Staatsmodernisierung wird Deutschland weiter an sich selbst scheitern. Jetzt ist die Zeit, den Hebel umzulegen – sonst ist nicht nur der Wirtschaftsstandort, sondern die staatliche Handlungsfähigkeit insgesamt in Gefahr.

## Jetzt handeln

- Im Koalitionsvertrag ist ein jährliches Bürokratieentlastungsgesetz vereinbart, um auf den Erfahrungen der vorangegangenen Gesetze aufzubauen und zügig weitere bürokratische Regelungen abzubauen. Es braucht nun ein starkes erstes Bürokratieentlastungsgesetz. Dieses sollte mindestens 200 von den Verbänden vorgeschlagenen Bürokratieentlastungen kurzfristig umsetzen.
- Für alle Gesetzgebungsverfahren muss ein scharfes Belastungsmoratorium gelten. Neue bürokratische Regelungen wie ein Bundestariftreuegesetz senden das falsche Signal. Eine One-in-two-out-Regel, wie im Koalitionsvertrag vereinbart, muss ein wichtiger Baustein sein.
- Bevor ein wirtschaftsbelastender Referentenentwurf vom Bundeskabinett beschlossen wird, muss ein Praxischeck mit Vertretern von Unternehmen durchgeführt werden, die das Gesetz später anwenden müssen. Solche Praxis-Checks werden im Koalitionsvertrag angekündigt und müssen jetzt auch konsequent angewendet werden.
- Der Personalbestand in der Bundesverwaltung muss reduziert werden. Die vereinbarten 8 Prozent reichen nicht aus. Wichtig wäre ein regelbasierter und strukturierter Abbau z.B. in Form einer One-in-two-out-Regel, für den Personalkörper: Für jede Neueinstellung müssen vorher zwei Beschäftigte ausgeschieden sein.
- Jedes neu beschlossene Gesetz, das die Wirtschaft belastet, bekommt eine Auslaufklausel von maximal fünf Jahren mit der Pflicht zur vorherigen Evaluation des Gesetzes.
- Die im Koalitionsvertrag angekündigte Ausweitung von Genehmigungsfiktionen muss schnellstmöglich auf möglichst viele Verwaltungsakte angewandt werden. Nach Möglichkeit sollten sämtliche Anträge, die nicht nach drei Monaten beantwortet sind, als genehmigt gelten.
- Deutschland braucht einheitliche digitale Plattformen für Unternehmen und Bürger, um staatliche Dienstleistungen bundesweit einheitlich und simpel abrufen zu können. Die Bundesregierung hat sich dieses vorgenommen, aber eine wichtige Herausforderung auf dem Weg dorthin bislang nicht adressiert: Eine Neuordnung der Bund-Länder-Verantwortlichkeiten. Dies muss schnellstmöglich auf den Weg gebracht werden, um noch in dieser Legislatur eine entsprechende Reform umsetzen zu können.



## Jetzt handeln

- Das Gebäudeenergiegesetz muss wie vereinbart ersatzlos entfallen.
- Voller Fokus der gesamten Klimaschutzpolitik auf den CO<sub>2</sub>-Emissionshandel als einheitliches marktwirtschaftliches Instrument – Abschaffung sämtlicher sektor- oder technologiespezifischen Regelungen
- Angleichung des nationalen Ziels der Klimaneutralität (2045) an die EU-weitere Regelung (2050).
- Die Koalition muss ihr Versprechen einhalten und die Einnahmen aus der CO<sub>2</sub>-Bepreisung vollständig über eine Senkung der Stromsteuer und Netzentgelte an die Bürger und Unternehmen zurückgeben. Der Klimatransformationsfonds kann insofern aufgelöst werden, indem er ausschließlich diesem Zweck zugeführt wird.
- Abstandsregeln und Genehmigungsverfahren für den Ausbau erneuerbarer Energien müssen vereinfacht und bundesweit vereinheitlicht werden. Der Ausbau muss verpflichtend mit Speicherausbau verknüpft werden.
- Das „Erneuerbare Energien Gesetz“ garantiert immer noch planwirtschaftlich Einspeisevergütungen. Seine Kosten werden zwar inzwischen aus dem Haushalt bezahlt, belaufen sich aber auf rund 15 Mrd. Euro. Es sollte für neuinstallierte Anlagen abgeschafft werden und für Alt-Anlagen nach dem gesetzlichen Bestandsschutz auslaufen.
- Der geplante Kapazitätsmarkt für Gaskraftwerke verfolgt das richtige Ziel, das Energieangebot zu erhöhen und Engpässe während „Dunkelflauten“ abzusichern. Gleichzeitig handelt es sich um den nächsten Schritt in die interventionistische Spirale, die Deutschland mit dem „Erneuerbare Energien Gesetz“ betreten hat. Stattdessen sollten die beiden Ziele durch echte Technologieoffenheit, Planungssicherheit und gleichzeitig eine Versorgungsverpflichtung für die Versorger erreicht werden. Dann werden die Energieunternehmen die Maßnahmen ergreifen, die dafür notwendig sind. Das können sie besser einschätzen als der Staat.

## Wie geht es dann weiter?

Mittelfristig kann nur ein möglichst globaler CO<sub>2</sub>-Zertifikatehandel Klimaschutz und Wirtschaftlichkeit versöhnen. Er setzt einen Preis auf CO<sub>2</sub>-Ausstoß und garantiert durch eine politische Vorgabe der Zertifikateanzahl eine Reduktion der Emissionen. Ziel ist daher die globale Vernetzung der verschiedenen Emissionshandelssysteme, um eine einheitliche CO<sub>2</sub>-Bepreisung weltweit zu schaffen. Länder, die teilnehmen, müssen Handelsvorteile erhalten, etwa durch den Klima-Club der G7. Im gleichen Zug müssen die dann überflüssig gewordenen Einzelmaßnahmen, wie Verbote oder Subventionen, zurückgefahren werden.



Lichtprojektion durch O. & L. Sels GmbH & Co. KG anlässlich des Wirtschaftswarntags. – 29.01.2024

# Impressum

Herausgeber:  
INSM Initiative neue Soziale Marktwirtschaft GmbH,  
Georgenstraße 22, 10117 Berlin

Geschäftsführer:  
Thorsten Alsleben

Projektleitung:  
Philipp Despot

Kontakt:  
info@insm.de

Redaktion:  
Dr. Stefan Schöncke  
Philipp Despot  
Michael Weiss

Umsetzung:  
Lennart Briehl  
Eike Meyer

Erstveröffentlichung:  
Oktober 2025

Die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft ist ein überparteiliches Bündnis aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft. Sie wirbt für die Grundsätze der Sozialen Marktwirtschaft in Deutschland und gibt Anstöße für eine moderne marktwirtschaftliche Politik. Die INSM wird von den Arbeitgeberverbänden der Metall- und Elektroindustrie finanziert. Sie steht für Freiheit und Verantwortung, Eigentum und Wettbewerb, Haftung und sozialen Ausgleich als Grundvoraussetzung für mehr Wohlstand und Teilhabechancen.

